

Gedenken | 27.03.2025 | Nr. 83/25

Martin Balasus: TOP 11+32+35: "Nie wieder" lautet unser Antrag

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Lage ist bedrückend, nur schwer verständlich und die Studie der Jewish Claims Conference sollte ein Alarmsignal für uns alle sein.

Denn in Hinblick auf die Shoa deckte die Untersuchung jüngst gravierende Wissenslücken, insbesondere in der jüngeren Generation, auf:

- 12 Prozent der Befragten in Deutschland zwischen 18 und 29 Jahren konnten mit den Begriffen Holocaust oder Shoa nichts anfangen. In der gleichen Altersgruppe waren es im Vereinigten Königreich oder Polen unter fünf Prozent.
- 40 Prozent der jungen Menschen in Deutschland wussten nicht, dass etwa sechs Millionen Jüdinnen und Juden in der Zeit des Nationalsozialismus ermordet wurden.
- Das ist fast jeder Zweite, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erschütternd.

Also müssen wir doch eine bittere Tatsachen festhalten:

Zu viele Menschen wissen zu wenig über den Holocaust. Der Rückschluss: Zu viele Menschen erreicht unsere Gedenk- und Erinnerungskultur nicht. Da stellt sich die Frage nach dem Warum.

Denn wir alle bemühen uns doch sehr, das Geschehene nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Beispielsweise haben wir vor 2 Monaten, am 27. Januar, der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. 80 Jahre liegt mittlerweile die Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz zurück.

Auschwitz – Todesfabrik, menschengemachte Hölle, Inbegriff des rassistisch motivierten Massenmordes und der deutschen Schuld. Auschwitz, das Symbol des Holocausts.

Der Landtag kam zum zentralen Gedenken und Erinnern gemeinsam mit Vertretern der Bundeswehr, der Kirchen und der Zivilgesellschaft in der Marineschule Mürwik in Flensburg zusammen.

Überall in Schleswig-Holstein, in ganz Deutschland und an vielen anderen Orten in Europa und der Welt gab es Gedenkveranstaltungen. Zeitungen und Fernsehen berichteten anlässlich des 80. Jahrestages und erinnerten an die Gräueltaten der NS-Herrschaft, an Leid und Tod der Opfer.

Mehr noch: Als Geschichtslehrer weiß ich, dass kein Thema im Geschichtsunterricht so intensiv behandelt wird wie der Nationalsozialismus. Mit meinen Klassen bin ich regelmäßig in die Gedenkstätte Neuengamme gefahren. An sehr vielen Schulen in unserem Land sind Exkursionen zu Gedenk- und Erinnerungsorten gelebte Praxis, unglaublich viele Lehrkräfte sind da ungemein engagiert. Seit 2022 hat sich die Zahl der Gedenkstättenfahrten verdoppelt.

Aber die Realität zeigt uns: Wir müssen mehr tun.

Unser aller Ziel muss sein, dass jede Schülerin und jeder Schüler einmal eine Gedenkstätte besucht. Denn die Verbindung von im Unterricht erlerntem Wissen und dem Erleben vor Ort prägt für das Leben.

Wir reden in dieser Legislaturperiode bei weitem nicht zum ersten Mal über dieses Thema. Nein, die Erinnerungskultur ist für uns ein bildungspolitischer Schwerpunkt.

Ich erinnere nur an den fraktionsübergreifenden Antrag 10-Punkt-Plan für jüdisches Leben – Bildungsoffensive gegen Antisemitismus, den wir nach dem verachtenswerten Terrorangriff der Hamas auf Israel Ende 2023 einstimmig auf den Weg gebracht haben.

Mit dem vorliegenden Antrag wollen wir – CDU, Grüne, SSW und SPD gemeinsam – an den 10-Punkte-Plan anschließen und ihn im Lichte der aktuellen Erkenntnisse fortschreiben.

Wir bitten die Landesregierung deshalb, folgende Punkte umzusetzen:

- Erstens: Die Fachanforderungen und deren Umsetzung mit Blick auf die Erkenntnisse aus der Studie zu überprüfen,
- Zweitens: die historisch-politische Bildung an den Schulen weiter zu verbessern.

Dabei setzen wir auf ein Konzept mit Best-Practice-Beispielen und auf außerschulische Angebote wie Gedenkstätten. Unser Anliegen ist es, die Sichtbarkeit dieser Lernorte weiter zu erhöhen.

Und keine Schülerin, kein Schüler darf durchs Raster fallen. Also nehmen wir auch

die berufsbildenden Schulen in den Blick. Schließlich können wir hier auch junge Menschen erreichen, die etwa aufgrund ihrer Migrationsgeschichte vorher keine Schule in Deutschland besucht haben und in deren Herkunftsländern teilweise wenig Wissen über den Holocaust vermittelt wird oder antisemitische Stereotype verbreitet sind.

- Drittens: Die Aus-, Fort- und Weiterbildung aller Lehrkräfte zum Thema Antisemitismus soll fortentwickelt werden. Ziel sind nicht nur Formate für die Schule, die auf mehr Wissen abzielen, sondern auch solche, die darüber hinausgehen und eine aktive, nachhaltige Erinnerungskultur festigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nun gibt es ja noch einen eigenen Antrag der FDP. Sie werden diesen ja sicher selbst intensiv vorstellen, ich möchte nur so viel sagen:

Mein Wunsch – unser Wunsch wäre es gewesen, bei diesem wichtigen und für die Zukunft unserer Gesellschaft so zentralen Anliegen ein geschlossenes Bild abzugeben.

Und da wir uns hier in einer verbundenen Debatte befinden, komme ich nur kurz auf den SPD-Antrag zur „Schulkultur gegen Rechtsextremismus“ zu sprechen. Ich danke Ihnen für Ihre Vorschläge, die meisten Aspekte Ihrer Handlungsempfehlungen sind jedoch bereits geregelt. Wir haben das Schulgesetz jüngst geändert, das Entgegenreten gegen Antisemitismus und NS-Gedankengut explizit aufgenommen, die Fachanforderungen angepasst, im letzten Jahr die Handreichung „Judentum, Antisemitismus, Israel“ neu aufgelegt, worin z.B. die Intervention bei Hakenkreuzschmierereien geregelt wird. In der Gewaltdatenbank GEMON werden extremistische Vorfälle ausgewiesen und und und.

Sie sehen, wir sind hier gut aufgestellt. Den Impuls der SPD finde ich aber goldrichtig: So werden die vorhandenen Maßnahmen vor Ort in Erinnerung gerufen.

Man muss ja wissen, was man hat, wenn man es braucht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die letzten Zeitzeuginnen und Zeitzeugen der Shoa werden in wenigen Jahren nicht mehr berichten können. Ihre Geschichten weiterzuerzählen und dafür Sorge zu tragen, dass ihre Schicksale nicht in Vergessenheit geraten, ist unsere Verantwortung.

„Nie wieder“ lautet unser Auftrag. Die Bildung der jungen Menschen ist entscheidend dafür, diesem Auftrag gerecht zu werden.